

Betreff:

Kommunalwahlen am 13. September 2026

Antragstellende:

Wahlstab und Kreissprecher*innenrat des KV Göttingen/Osterode

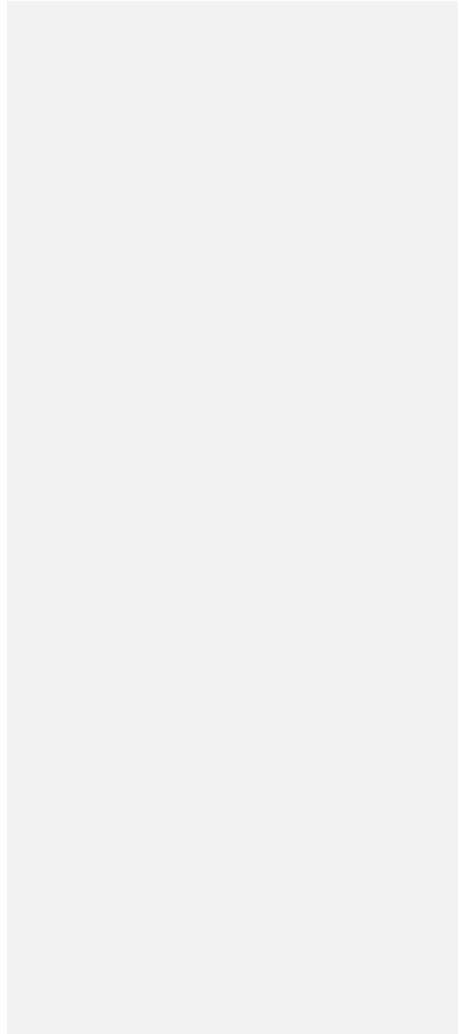
Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge den folgenden Text als Wahlprogramm des Kreisverbandes für die Wahlen zum Kreistag Göttingen/Osterode und für alle weiteren Wahlantritte bei Stadträten/Samtgemeinderäten/Gemeinderäten/Ortsräten im Landkreis Göttingen/Osterode (außer Stadtrat/Ortsräte Stadt Göttingen) beschließen.

Weil es um unser Zuhause geht.

**Radikal sozial.
Klar ökologisch.
Konsequent antifaschistisch.**

Programm der Partei Die Linke
für den Landkreis Göttingen/Osterode



Unsere Vision: Ein Landkreise-Stadt , in dem wir gut und gerne leben	54
1. Wohnen: Ein Landkreise-Stadt für die Mieter*innen – nicht für Investoren	78
2. Menschen und Umwelt vor der Erderhitzung schützen: Sozial-ökologische Wende für Göttingen	811
3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik . . .	914
4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung kommunaler Betriebe	1017
5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: Für eine Stadt, die investiert	1119
6. Sozialen Antifaschismus stärken	1323
7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung . . .	1424
8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung	1526
9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an	1628
10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen	1831
11. Sportvereine stärken	1933
12. Für eine demokratische Kulturförderung	2035
13. Feministische Stadtplanung	2137
14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teilhabe fördern	2239
15. Inklusiver Stadt	2341
Wem gehört die Stadt? Für eine Stadt(entwicklung) mit und für die Bürger*innen	2442

1 Unsere Vision: Ein Landkreis, in dem wir gut und gerne leben.

2
3 Viele von uns haben einen fordernden Alltag. Ob als Pflegekraft, Busfahrerin, Verkäuferin oder Angestellter in der Verwaltung: Mit unserer Arbeit halten wir das Land am Laufen. Neben dem Job kümmern wir uns um andere, unterstützen uns gegenseitig, versuchen berufliche und familiäre Verpflichtungen unter einen Hut zu bekommen. Wir geben jeden Tag unser Bestes, damit unsere Liebsten gut leben können. Wir wollen ein Leben, das bezahlbar ist, und einen Landkreis, in dem es ausreichend Grünflächen und saubere Luft gibt, damit wir abschalten und uns erholen können; wollen, dass unsere Kinder, Eltern und Großeltern gut betreut und versorgt werden.

4
5
6
7
8
9 Viele engagieren sich noch zusätzlich ehrenamtlich dafür, dass es anderen besser geht – ob als Feuerwehrmann, Betriebs- oder Personalrat, Trainerin im Sportverein, in einer Klimainitiative oder unterstützend für Menschen, die bei uns Schutz suchen. Zusammenhalt macht stark. Eigentlich,

10
11
12
13 Denn zugleich stehlen sich Verwaltung und Politik aus der Verantwortung. ~~Politische Ihre~~ Entscheidungen erschweren unser Leben und stellen gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. Wenn Menschen keine bezahlbare Wohnung mehr finden, in ihrem Job für einen schlechten Lohn ausgebeutet werden, wenn Kindern Chancen verbaut statt eröffnet werden, wenn man ein halbes Jahr auf einen Arzttermin warten muss, wenn Busse wegen Personalmangels nicht fahren können und man in jeder Hinsicht abgehängt wird – dann entsteht zu recht Frust. Auf diese Unzufriedenheit setzen rechte Parteien, die mit Sündenbock-Politik und Hetze unsere Gesellschaft spalten.

14
15
16
17
18
19 Wir kämpfen gegen Hetze und Spaltung, aber auch gegen die Ursachen von berechtigter Enttäuschung. Wir setzen uns deswegen für einen Landkreis ein, der für die Menschen sorgt. Für Orte, an denen nicht ein paar wenige ihre Zäune immer höher ziehen, während immer mehr sich das Leben nicht mehr leisten können – sondern Städte und Gemeinden, in denen starke Schultern mehr tragen. Wir brauchen eine radikal andere Politik, die in Infrastruktur und somit in die Zukunft investiert, statt bei denen zu sparen, deren Leben sich ohnehin schon wie ein Hamsterrad anfühlt.

20
21
22
23
24
25
26 **Wir wollen ~~eine Stadt~~ einen Landkreis, in dem alle gut und sicher, frei und gesund leben können:**

- 27 • weil Wohnen, Kitas und der Nahverkehr bezahlbar sind und sich niemand darüber Sorgen machen muss;
- 28 • weil alle ein Zuhause und eine Heimat finden können – unabhängig von Herkunft oder Pass;
- 29 • weil Arbeit besser bezahlt und niemand mehr ausgebeutet wird;
- 30 • weil es genügend Ärztinnen, Ärzte und Krankenhäuser gibt, um gut behandelt zu werden;
- 31 • weil die Ganztagsbetreuung an Schulen gesichert ist, damit Eltern arbeiten und Kinder gut lernen können;
- 32 • weil alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenfreies Mittagessen erhalten und Familien finanziell entlastet werden;
- 33 • weil es Kulturzentren, Theater und Freiräume gibt, in denen wir uns begegnen und eine gute Zeit haben können;
- 34 • und weil wir konsequent gegen die Erderhitzung kämpfen und uns für eine gesunde Umwelt für alle einsetzen.

35
36
37
38
39
40
41 Die nächsten fünf Jahre werden entscheidend sein: Wir wollen gemeinsam mit euch ein am Gemeinwohl orientiertes und für alle bezahlbares Zuhause schaffen, eine sozial faire Klimapolitik und einen engagierten Kampf gegen den Faschismus machen. Das alles gehört zusammen.

42
43
44
45
46 **Deshalb treten wir als Die Linke bei den Kommunalwahlen an.** Wir wollen Verbündete für alle sein, die sich mehr soziale Gerechtigkeit wünschen und eine Verwaltung sowie politische Vertreter*innen, die zuhören und das umsetzen, was sie versprechen. Viele andere Parteien haben die Menschen

Kommentiert [KD1]: ÄA 1a von Patrick Mielke, ersetze Z3 bis 12 durch folgenden Text:

Wir alle wünschen uns einen Landkreis, in dem unsere Liebsten und wir selbst ein gutes Leben führen können. In dem das Leben bezahlbar ist und niemand ausgebeutet wird. Unsere Kinder gehen auf gute Kitas und Schulen. Unsere Eltern und Großeltern sind gut versorgt. Alle erhalten die Unterstützung, die sie benötigen. Es gibt ausreichend Parks, Grünflächen und saubere Luft für uns alle. So können wir uns erholen, gesund leben und vor der Erderhitzung schützen.

Die allermeisten von uns tun schon heute enorm viel, um den Landkreis als lebenswerten Ort zu erhalten und zu verbessern. Denn er entsteht nicht von selbst. Er lebt von den Menschen, die hier wohnen. Die ihren Alltag miteinander teilen. Die füreinander da sind. Die ihn mit Leben füllen.

Von Menschen, die den Wohlstand der Region tatsächlich erarbeiten, durch bezahlte und unbezahlte Arbeit. Von denen, die Schichten schieben, – ob als Pflegekraft, Busfahrerin, Verkäufer oder Angestellte –, die sich kümmern, pflegen, ausbilden, zuhören. Und von denen, die sich zusätzlich noch ehrenamtlich engagieren. In Vereinen. In sozialen und politischen Initiativen. In Kultur- oder Bildungseinrichtungen. Zusammenhalt macht stark! Eigentlich.

Kommentiert [KD2]: ÄA 2 von Patrick Mielke, vom Antragsteller übernommen

49 politisch verlassen oder vergessen. Ihre Entscheidungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger ver-
50 kaufen sie als alternativlos, dabei sind unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr wohl Ergebnis
51 politischen Willens und Handelns – und damit auch veränderbar.

52

53 **Wir als Linke machen anders Politik.** Wir sind vor Ort. Wir bieten zum Beispiel eine kostenlose Ne-
54 benkosten- und Mieten-Infosprechstunde an und unterstützen konkret im Alltag. Wir stärken denen
55 den Rücken, die sich gegen Missstände zur Wehr setzen.

56 Für unser Wahlprogramm haben wir zwischen November 2025 und April 2026 viele Bürger*innen
57 gefragt, welche Sorgen sie umtreiben und was sich dringend ändern muss. Wir haben Haustürge-
58 spräche geführt, soziale Einrichtungen und Belegschaftsvertreter*innen aufgesucht und einen kom-
59 munalpolitischen Ratschlag organisiert, bei dem Menschen zu Wort kamen, die sich für eine sozia-
60 lere, gerechtere und ökologischere Welt engagieren. **Dieses Programm ist für alle, die uns von ihren**
61 **Sorgen, Hoffnungen und kleinen Träumen erzählt haben. Es enthält die wichtigsten Projekte und**
62 **Forderungen, auf die wir uns in den nächsten fünf Jahren konzentrieren wollen.**

63

1. Wohnen: Politik für die Mieter*innen – nicht für Investoren

Nirgendwo verbringt man so viel Zeit wie in den eigenen vier Wänden. Wir wollen daher nicht nur eine bezahlbare, sondern auch lebenswerte Wohnung haben. Lange Zeit galt der Grundsatz, dass man nicht mehr als ein Drittel seines Einkommens für Miete ausgeben sollte. Davon sind wir weit entfernt.

Göttingen gehört zu den Städten mit den höchsten Mietsteigerungen und das wirkt sich auch auf den Landkreis aus. Seit 2012 sind die Mieten um mehr als 75 Prozent erhöht worden. Familien, Studierende, Rentner*innen und andere einkommensschwache Haushalte finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Für Sozialwohnungen oder Genossenschaftswohnungen gibt es jahrelange Wartezeiten. Kein Wunder: Der Bestand an Sozialwohnungen wurde immer mehr verringert.

Die anderen Parteien setzen dabei auf Symbolpolitik und Profite für Investoren und Immobilienkonzerne. Mit dem Ergebnis, dass Bürger*innen abgedrängt werden und immer weitere Wege auf sich nehmen müssen.

Wir wollen, dass für alle bezahlbarer, guter Wohnraum zur Verfügung steht – ohne Spekulation, jenseits der Profitlogik. Boden ist keine Ware, sondern Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben. Sozialwohnungen müssen verdoppelt, Mieten gedeckelt werden, und Verwaltung ihr Steuerungsrecht wahrnehmen. Wohnen ist Daseinsvorsorge, keine Kapitalanlage. Dafür braucht es einen radikalen Kurswechsel.

Unsere Vorhaben und Forderungen sind:

- Wohnungen zurückkaufen und Rekommunalisierung fördern, damit Wohnungen in kommunale Bestände übergehen.
- Wir wollen das Vorkaufsrecht systematisch nutzen und Privatisierungen stoppen.
- Wir wollen Boden dem Markt entziehen, keine Flächen mehr verkaufen, sondern in den Händen der Kommune halten und nur noch über Erbbaurecht 99 Jahre vergeben, verbunden mit strengen Auflagen (Sozialbindung, Klimastandards); ein Bodenfonds soll perspektivisch Flächen zurück in kommunale Hand bringen.
- Wir wollen Mietwucher stoppen, indem wir bspw. in Göttingen einen qualifizierten Mietpiegel einführen, auf dessen Grundlage gegen unbegründete Mieterhöhungen vorgegangen werden kann.
- Dazu braucht es Melde- und Beschwerdestellen gegen Mietwucher und ausreichend Personal, das gegen Missstände vorgehen kann.
- Gegen Leerstand wollen wir proaktiv vorgehen, z.B. indem wir die Grundsteuer C gegen spekulativen Leerstand einführen und die Zweckentfremdungssatzung verlängern. Die Verwaltung soll proaktiv Leerstand aufspüren.
- Wir setzen uns für eine dauerhafte Sozialbindung von Wohnungen ein sowie für eine Quote von 50 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauten.
- Wir wollen gemeinnützige Initiativen von Menschen unterstützen, die Häuser für soziale Wohnprojekte kaufen wollen.
- Wir wollen Housing-first-Projekte gegen zunehmende Wohnungslosigkeit unterstützen, insbesondere für wohnungslose FLINTA.
- Wir setzen uns für energetische Sanierung im kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand ein.

Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen Wohnen bezahlbar und Heizen bezahlbar ist, Boden gemeinwohlorientiert genutzt wird und alle ein Zuhause finden.

2. Menschen und Umwelt vor Erderhitzung schützen: Sozial-ökologische Wende für Göttingen

Wir alle wollen an Orten leben, die keine Betonwüsten, sondern von einer gesunden Umwelt geprägt sind. Wir wollen saubere Luft und Orte zum Abschalten. Wir wollen die Jahreszeiten genießen und uns vor extremer Hitze schützen. Wir wollen unsere Umwelt für unsere Kinder und Enkel erhalten.

Trotz ambitionierter Ziele wie Klimaneutralität leidet die Umweltpolitik unter mangelnder Umsetzung. Klimaziele bleiben bloße Absichtserklärungen, da verbindliche CO₂-Budgets und Klimafolgenabschätzungen für Projekte fehlen. Die Verantwortung ist zwischen Fachbereichen zersplittert, während Autoverkehr weiterhin dominiert und notwendig ist – denn der ÖPNV ist unattraktiv, weil schlecht ausgebaut, teuer und sozial selektiv, was einkommensschwache Haushalte besonders belastet. Klimaschutzmaßnahmen wie energetische Sanierung führen oft zu Verdrängung oder belasten Bewohner*innen, statt soziale Gerechtigkeit zu stärken. Grünflächen stehen unter Nutzungsdruck, und Klimaanpassung wird getrennt von sozialer Stadtentwicklung gedacht. Statt in Infrastruktur zu investieren, setzt die Verwaltung auf Sparpolitik, was langfristige ökologische, soziale und finanzielle Probleme verschärft. Transparenz und öffentliche Kontrolle fehlen.

Wir müssen alles uns Mögliche tun, um die Klimakrise zu bekämpfen und uns vor den Folgen der Erderhitzung zu schützen. Dabei müssen alle mitgenommen werden und ein nachhaltiges, Klimaschutzendes Leben muss bezahlbar sein. Darum setzen wir uns für eine sozial faire Klimapolitik ein, die nicht auf Kosten von Armutsbetroffenen, Geringverdiener*innen, Arbeiter*innen und Rentner*innen geht.

Wir wollen eintreten für:

- ein verbindliches kommunales CO₂-Budget, dessen Einhaltung bei allen Beschlüssen geprüft werden muss;
- Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe mit klarer Zuständigkeit und jährlichen öffentlichen Klimaberichten mit Soll-Ist-Vergleichen;
- die Beendigung von Flächenversiegelung bzw. Entsiegelung von Böden und prioritäre Begrünung in dicht bebauten Quartieren;
- mehr öffentliche grüne Plätze mit Bäumen, Bänken und Spielgeräten;
- kostenfreie Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum;
- schattige Aufenthaltsorte, verbindliche Baumschutzsatzungen und sozial-ökologisch gestaltete Hitzeschutzpläne;
- den flächendeckenden Ausbau von Photovoltaik auf kommunalen Dächern;
- die Nutzung von Abwärme für Nahwärme und den Schutz vor Stromsperrern;
- kommunale Programme gegen Energiearmut sowie die Stärkung der Stadtwerke als sozial-ökologische Akteure;
- die konsequente Umsetzung demokratisch beschlossener Bürgerentscheide; transparente Priorisierung und regelmäßige Quartiersforen.

3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

Wir alle müssen jeden Tag Wege zurücklegen: zur Arbeit, zum Einkaufen, zur Schule unserer Kinder oder zum Sportverein, zum Arzt oder um Angehörige zu besuchen.

Das Verkehrsangebot in der Region ist daher für alle Menschen wichtig. Hierzu gehört ein gut ausgebauter Nahverkehr, der bezahlbar für alle ist, einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leistet und den Beschäftigten gute Löhne und Arbeitsbedingungen bietet.

Soziale und ökologische Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen von Fußgänger*innen und Radfahrenden orientieren und die Grundlagen schaffen, das Auto möglichst oft stehenlassen zu können. Denn weniger Autoverkehr ist gut für die Verkehrssicherheit, für die Gesundheit der Menschen und für den Schutz vor der Erderhitzung. Das ist aber nur realistisch, wenn beispielsweise die Busse öfter und zuverlässig fahren, das Umland gut angebunden ist.

Wir werden uns dafür einsetzen:

- dass der ÖPNV nicht weiter kaputtgespart, sondern ausgebaut wird;
- dass die Linienplanung und Fahrzeiten an die echten Bedarfe der Bürger*innen angepasst werden bspw. an die Schichtdienstzeiten des UMG und es zu Stoßzeiten zu einer Taktverdichtung kommt;
- dass die eingemeindeten Dörfer und der Landkreis besser und zuverlässig an den ÖPNV angebunden werden;
- dass ein Park+Ride-System eingeführt wird, damit Pendler*innen ihr Auto an Stadtgrenzen stehen lassen können und die Städte autofreier werden, mit Ausnahmen für öffentlichen Nahverkehr, Lieferverkehr und Menschen mit Beeinträchtigungen;
- dass Tempo-30-Zonen und Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren eingeführt werden;
- dass Busfahrer*innen besser bezahlt werden und bessere Arbeitsbedingungen bekommen;
- dass Busfahren für die Bürger*innen kostenlos wird und im ersten Schritt die Ticketpreise deutlich günstiger werden;
- dass Fahrradinfrastruktur ausgebaut wird: mehr Fahrradparkhäuser, überdachte und sichere Abstellmöglichkeiten bspw. an Nahverkehr-Haltestellen;
- dass Schul- und Alltagswege sicher gemacht werden: Vorrang für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, mehr Zebrastreifen, sichere Querungen an Hauptstraßen;
- dass Einwohner*innen an der Umgestaltung von Straßen und Plätzen beteiligt werden.

4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung kommunaler Betriebe

Als Arbeitende wollen wir gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Dies gilt auch für diejenigen, die für die Städte und Gemeinden arbeiten. Hierzu brauchen wir starke kommunale Betriebe, die eine Vorreiterrolle für gute und sichere Arbeitsbedingungen übernehmen müssen – seien es städtische Kitas, regionale Verkehrsbetriebe, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Verwaltungen.

Möglichkeiten für gute Löhne, Arbeitsbedingungen und Personalplanung werden jedoch nicht genutzt. Stattdessen wird an Personal gespart und teils auf prekäre Verträge gesetzt – womit man den Beschäftigten eine hohe Arbeitszeitverdichtung zumutet, was zu Überlastung und krankheitsbedingten Ausfällen führt.

Wir werden daher:

- für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand eintreten. Energie, Wasser und Abfallentsorgung sind Grundrechte, die nicht auf Kosten der Angestellten sowie der Bevölkerung privatisiert, ausgelagert und einer Gewinnmaximierung unterworfen werden dürfen.
- Ausgliederungen, Leiharbeit oder prekäre Beschäftigung in kommunaler Verantwortung unterbinden;
- darauf drängen, dass die Tarifbindung in allen kommunalen Betrieben sicher und konsequent angewendet wird;
- Tariftreue und gute Arbeitsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen einfordern;
- eine Entlastung der Beschäftigten in kommunalen Betrieben und der Verwaltungen anstreben, indem wir mehr Personal einstellen und der derzeit stattfindenden Arbeitsverdichtung entgegenwirken;
- für die Stärkung von Personal- und Betriebsräten und gewerkschaftliche Mitbestimmung eintreten, u.a. durch ein Betriebsräte- und Gewerkschaftsforum der Stadt, bei dem diese sich einmal im Jahr mit Belegschaftsvertreter*innen dazu berät, was besser werden muss;
- an der Seite von Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne kämpfen.

5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: Für Kommunen, die investieren

Wir alle wollen uns auf die Infrastruktur der Kommunen verlassen können – egal ob Straße, Schule, Bus oder Gesundheitsversorgung. Eine kluge Finanz- und Wirtschaftspolitik erhält die Grundlagen unserer Gemeinden und baut sie weiter aus: muss sozial, gemeinnützig und nachhaltig sein.

Die Sparpolitik der anderen Parteien führt nicht nur zu einer zerfallenden Infrastruktur, und somit auch zu drohender Abwanderung von Unternehmen und Arbeitskräften. Sie lässt vor allem auch die Lebensqualität der Menschen, die hier wohnen, spürbar sinken. Sie führt zu Politikverdrossenheit und sozialer Verzweiflung. Wer an diesen Stellen spart, treibt die Menschen in die Arme der AfD und anderer rechter Kräfte.

Die Linke will das ändern. Wir stehen vielerorts an einem Scheideweg. Entweder wir setzen weiter auf Sparen-Kürzen und Verfall, um kurzfristig die Bilanzen zu schönen – oder wir investieren in Städte und Gemeinden, die für alle lebenswert und sozial gerecht sind. Wir wollen Zukunftshaushalte, die Bildung, Soziales, Kultur und Ökologie priorisieren und damit langfristig den Etat entlasten.

Wir werden uns einsetzen für:

- Investitionen mit Vorrang für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe statt Kürzungen bei Pflichtaufgaben; Planbarkeit für Jugendhilfe und soziale Projekte.
- Entschuldung statt Sparprogramme: Das Land Niedersachsen muss die Kommunen finanziell entlasten, Aufgabenübertragung von Bund und Land auf die Kommunen muss vollständig finanziert werden, und zwar dauerhaft.
- Boden, Daseinsvorsorge und Wohnungen in kommunaler Hand – statt Privatisierung und Verkauf an Investoren.
- Steuergerechtigkeit für die Menschen, indem besonders wohlhabende Menschen und Unternehmen Verantwortung übernehmen und zur Finanzierung der Haushalte beitragen – denn sie profitieren auch am meisten von einer funktionierenden Infrastruktur;
- Eine Prüfung aller kommunalen Möglichkeiten für die Staffelung von Steuern und (Sonder-)Abgaben, darunter die Staffelung der Grundsteuer auf Gewerbeflächen für Großunternehmen sowie der Grundsteuer auf Wohnimmobilien über 1 Mio. € und eine Leerstandsabgabe;
- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wie es Die Linke bundesweit konsequent fordert: für den Landkreis wären das ca. 80 Mio. Euro, jedes Jahr!
- eine an gute und tarifgebundene Arbeitsplätze gekoppelte Wirtschaftsförderung, Unterstützung von Genossenschaften und solidarischen Wirtschaftsmodellen, und Beratungsangebote für Betriebsübernahmen durch Beschäftigte;
- Betriebe, die auf nachhaltige, gesellschaftlich notwendige Produktion umstellen – statt Abhängigkeit von Rüstungsindustrie oder Spekulation herzustellen;
- Gründer:innenzentren für kollektive und gemeinwohlorientierte Projekte.
- ~~Transparenz und Mitbestimmung und öffentliche Beratungen aller finanzwirksamen Entscheidungen in Räten und Ausschüssen sowie einfache, verständliche Haushaltsberichte für Bürger:innen.~~

~~Linken wird in der Regel unterstellt, keinen Sinn für eine funktionierende Wirtschaftspolitik zu haben. Die Realität zeigt jedoch, dass die regierenden Parteien offensichtlich nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Umverteilung im Interesse der Mehrheit zu organisieren. Sie machen Politik im In-~~

Kommentiert [RG3]: ÄA 1 von Roman Goldbach:
Formuliere den Satz so um.

Kommentiert [RG4]: ÄA 2 von Roman Goldbach:
Ersetze den ganzen Absatz sowie den letzten Absatz unter den Forderungen durch:

Doch die kommunale Finanzpolitik steht vor zwei großen Problemen: Das erste Problem ist, dass Bundes- und Landesregierungen in den letzten Jahren Städte und Landkreise ausgeblutet haben. Sie geben ihnen Pflichtaufgaben, aber zu wenig Geld, um diese Aufgaben zu erfüllen. Die anderen Parteien nehmen dies ohne echten Widerstand hin. Statt mit der Landesregierung um einen fairen Finanzausgleich zu ringen, schaffen sie aus Angst vor dem Konflikt das zweite Finanzproblem unseres Landkreises: Sie vergrößern die Ungleichheit, denn sie nehmen von der Gemeinschaft und der Mehrheit der Menschen. Der Landkreis kürzt beim Erhalt der Infrastruktur und bei den Menschen. Großen Konzerne und reiche Bürger:innen können weiter von der Gemeinschaft nutzen, ohne ihren fairen Beitrag zu leisten. Und für die Mehrheit werden die Abgaben erhöht, Busse gestrichen, bezahlbarer Wohnraum aufgegeben, Kinderbetreuung und Schulen vernachlässigt. Was die anderen Parteien als unvermeidliche Kürzungspolitik verkaufen, ist nichts anderes als verdeckte Umverteilung von unten nach oben. Es ist eine unkluge Finanz- und Wirtschaftspolitik, die die Grundlagen unserer Kommunen schwächt. Dies wird uns langfristig noch teurer zu stehen kommen, wenn wir die Folgeschäden reparieren müssen.

Formatiert: Mit Gliederung + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: Aufzählungszeichen + Ausgerichtet an: 0,63 cm + Tabstopp nach: 1,27 cm + Einzug bei: 1,27 cm, Tabstopps: 1,27 cm, Links

265 ~~teresse weniger und hinterlassen uns große Schuldenberge. Ein Haushalt, der nur noch durch Kür-~~
266 ~~zungen zusammengehalten wird, ist kein Haushalt mehr — er ist ein Notstand — und so fühlt sich das~~
267 ~~Leben darunter dann auch an.~~

268 ~~Wir treten dagegen für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik ein, die das Leben der arbeitenden Be-~~
269 ~~völkerung leichter macht — sozusagen eine linke Standortpolitik für die Menschen. Dazu gehören~~
270 ~~bezahlbarer Wohnraum, zuverlässiger Nahverkehr, gute Kinderbetreuung und vieles mehr.~~

271

Formatiert: Block, Mit Gliederung + Ebene: 1 +
Numerierungsformatvorlage: Aufzählungszeichen +
Ausgerichtet an: 0,63 cm + Tabstopp nach: 1,27 cm +
Einzug bei: 1,27 cm, Tabstopps: 1,27 cm, Links

6. Sozialen Antifaschismus stärken

Städte und Gemeinden, die sich um die Menschen sorgen, müssen sich gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus positionieren. Während einige spalten und hetzen, halten wir zusammen. Die neuen Faschist*innen werden wir nur zurückdrängen, wenn wir zwei Wege gleichzeitig gehen:

- Erstens müssen wir die sozialen und grundlegenden Ursachen bekämpfen, die Menschen zu AfD und Co. treiben: Armut, soziale Unsicherheit, eine kaputte Verwaltung, fehlende Ärzt*innen, Parteien und Politiker*innen, von denen sich die Menschen vergessen und verlassen fühlen. Antifaschismus heißt für uns auch antifaschistische Finanz- und Wirtschaftspolitik: Kein Sozialabbau, sondern Investitionen: Vorrang für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe.
- Zweitens wollen wir antifaschistische Bildung und antifaschistisches Engagement stärken. Wir werden uns darum für die Einrichtung kommunaler Fördertöpfe einsetzen, aus denen antifaschistische Bildungsprojekte zuverlässig Mittel beantragen können.
- Außerdem werden wir vorschlagen, den „Alexander Selchow-Preis“ für herausragendes antifaschistisches Engagement einzuführen. Der Antifaschist Alexander Selchow wurde 1991 in Rosdorf von Neonazis ermordet. Erinnern heißt kämpfen!

7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung

Wir alle haben mehr Freude am Leben und können uns besser einbringen, wenn wir gesund sind. Und wenn wir krank werden, wollen wir uns auf eine zuverlässige, wohnortnahe Versorgung und Behandlung verlassen können. Hier gibt es viel zu tun.

Nicht nur, dass es mangels Einrichtungen schwer ist, einen Arzttermin zu erhalten, die Wege sind zudem oft lang. Dabei ist eine wohnortnahe Versorgung für Jung und Alt unheimlich wichtig. Gerade für Eltern mit Kindern oder Rentner*innen bedeuten lange Wege eine zusätzliche Belastung. Soziale Ungleichheiten werden zusätzlich verstärkt.

Ein anderes Beispiel ist die Hilfe für psychisch Erkrankte. Ihre Zahl ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Die Beschäftigten des Sozialpsychiatrischen Dienstes, die diesen Menschen helfen, sind völlig überlastet, weil nötiges Personal von Stadt und Landkreis nicht eingestellt wird. Dabei wissen Betroffene, dass es ohnehin schwer ist, Termine für therapeutische und psychiatrische Hilfe zu bekommen.

Wir werden uns dafür einsetzen:

- dass im Sozialpsychiatrischen Dienst ausreichend Personal eingestellt und die Angebote gestärkt werden, Erkrankte brauchen fachlich gute Hilfe;
- den Aufbau oder die Stärkung sorgender Sozialzentren, (inkl. kommunaler medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft) in der Fläche;
- dass es flächendeckende geburtshilfliche Versorgung gibt, statt weiterer Kreissaalschließungen;
- dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen rekommunalisiert und Rettungsdienste ausgebaut werden, insbesondere im ländlichen Raum;
- dass Alternativen zur gewinngetriebenen Gesundheitsindustrie gefördert werden, wofür das Göttinger Gesundheitskollektiv ein Beispiel ist;
- dass akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausgebaut wird;
- dass mehr Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen eingestellt wird und es höhere Löhne und Tarifbindung ambulant und stationär gibt; kommunale Programme für familienfreundliche Schichtmodelle und Betreuungsangebote; hochwertige Ausbildung mit mehr Anleitung und Lernzeiten.

8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung

Als Eltern wünschen wir uns eine qualitativ gute, verlässliche und bezahlbare Betreuung für unsere Kinder. Grundvoraussetzung hierfür ist ein Arbeitsumfeld, in dem Fachkräfte fair bezahlt werden, gesund und sicher arbeiten und sich persönlich und beruflich weiterentwickeln können. Finanziell gut ausgestattete Kitas, Ganztagschulen und Horte mit ausreichend Personal tragen dazu bei, sowohl die Qualität der Betreuung zu gewährleisten als auch die Attraktivität des Berufsfeldes zu erhöhen.

In der Realität finden Beschäftigte nämlich häufig ein Arbeitsumfeld vor, dass durch Unterbesetzung, ein erhöhtes Arbeitspensum und eine hohe physische und psychische Belastung gekennzeichnet ist. Zugleich brauchen Eltern wohnortnahe und bezahlbare Betreuungsplätze. Die derzeit im Landkreis erhobenen Gebühren sind jedoch mit die höchsten in ganz Niedersachsen. Hinzu kommen weitere Kosten für Verpflegung und die Inanspruchnahme von Randzeitenbetreuung, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Dies alles belastet Menschen mit geringen und mittleren Einkommen seit Jahren überdurchschnittlich und verfestigt soziale Ungleichheit. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass es perspektivisch eine kostenfreie Kinderbetreuung auch für Kinder unter 3 Jahren gibt. Bis dahin sollte man Kita-Beiträge bei sehr hohen Einkommen nicht deckeln, um wiederum Bürger*innen mit geringen und mittleren Einkommen entlasten zu können.

Wir werden dafür eintreten:

- dass es für alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenloses, gesundes Mittagessen gibt;
- dass die Randzeitenbetreuung ausgeweitet und Sondergebühren bei unteren Einkommensstufen abgeschafft werden, um allen Eltern eine bessere Organisation ihres Alltags zu ermöglichen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten des Personals gehen und zu einer weiter steigenden Belastung führen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch für diejenigen gelten, die uns mit ihrer Arbeit den Rücken freihalten.
- dass städtische Kitas mehr Personal erhalten und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Städtische Kitas müssen hier vorbildlich sein. Stipendienprogramme für angehende Erzieher*innen wollen wir ausbauen, um Unterbesetzung präventiv vorzubeugen;
- dass die Angebote, mit denen die Kinder- und Jugendhilfe, die Schulen bei der Verwirklichung des Ganztags unterstützt, auskömmlich finanziert und verstetigt werden;
- dass die Auseinandersetzung mit Kinderrechten sowie Ursachen und Wirkungen von Vorurteilen und Diskriminierung in städtischen Kindertageseinrichtungen zum pädagogischen Standard wird, damit unsere Kitas einen wertvollen Beitrag zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Integration unserer Kinder und zur Verwirklichung von Inklusion leisten können, z.B. durch das Konzept der „vorurteilsfreien Bildung & Erziehung“.

9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an.

Gesellschaftliche Teilhabe beginnt in der Kita mit dem spielerischen Erlernen sozialer und demokratischer Werte und setzt sich in der Schule fort.

Als Linke wollen wir eine „Schule für alle“, bei der Herkunft nicht über Zukunft entscheidet. Eine solche Gemeinschaftsschule ist ganztägig organisiert. In ihr ist Schulsozialarbeit etabliert und sie bietet alle Bildungsabschlüsse an. So können unsere Kinder mindestens bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen und werden nicht wie heute bereits nach der vierten Klasse auf ein gegliedertes Schulsystem aufgeteilt, in dem soziale Ungleichheit und Bildungsungerechtigkeit fortgeschrieben werden.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Viele Schulen müssen die strukturellen Probleme des Schulsystems bewältigen. Zugleich müssen sie, neben der Verwirklichung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung und inklusiver Beschulung einen Umgang mit bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen finden. So gibt es derzeit mehr Schüler:innen mit Förderbedarfen und Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Verhalten sowie mehr Fälle von Mobbing und Gewalt. Unterstützende Strukturen wie Schulsozialarbeit und schulpsychologische Betreuung werden jedoch durch die Landesregierung nicht in ausreichendem Maße gewährleistet. Die Kommune kann wiederum die Schulen in ihrer Funktion als Schulträger und durch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen sowie Austauschprozesse zwischen den beteiligten Akteuren initiieren und koordinieren.

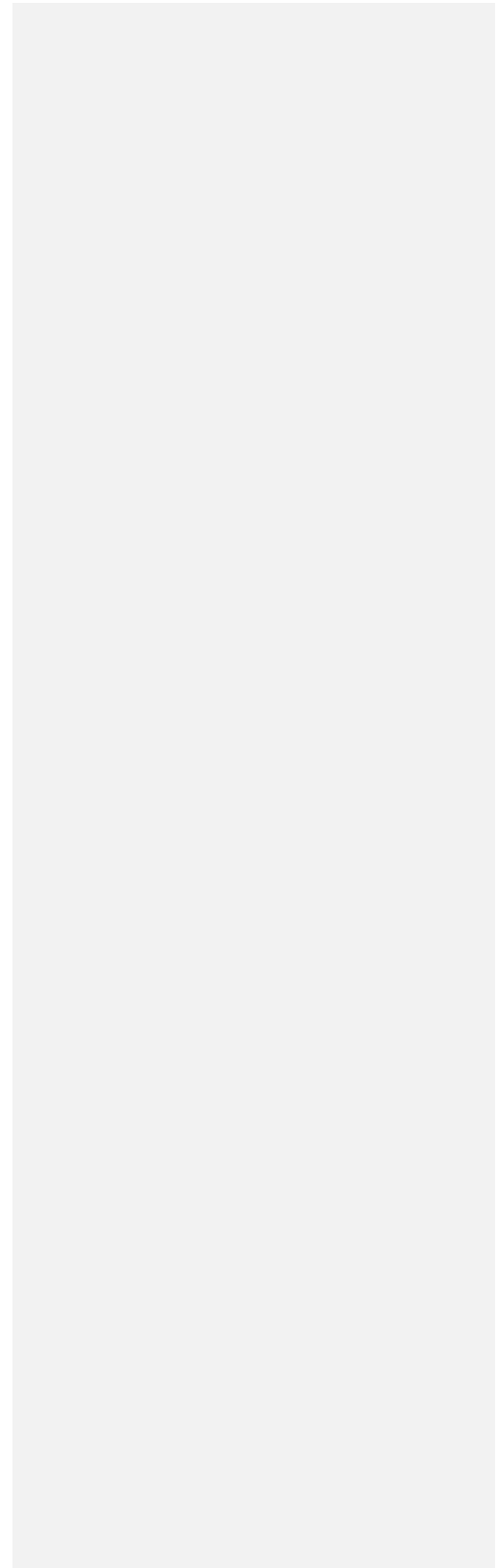
Vielerorts bewältigen die Gesamtschulen derzeit einen erheblichen Teil der Herausforderungen im Bildungssystem. Doch statt diese zu stärken und die Gymnasien stärker in die Pflicht zu nehmen, fördern die anderen Parteien oft die Rückkehr zum gegliederten Schulsystem. Der Druck auf die Gesamtschulen wird damit zwar reduziert, die Herausforderungen der Schullandschaft aber nicht gelöst.

Wir werden uns dafür einsetzen:

- dass an den Schulen ausreichend Schulsozialarbeiter*innen beschäftigt werden und Schulpsycholog*innen eng mit ihnen zusammenarbeiten. Hierfür stärken wir das Programm *Lernen in Schule & Alltag* (LiSA). Schulsozialarbeit soll an unseren Schulen gestärkt und die Bedarfe der Schulen gedeckt werden, was in etwa einer Vollzeitstelle pro 150 Schüler*innen entspricht;
- dass mehr Schulsozialpädagog*innen und weitere pädagogische Fachkräfte Schüler*innen mit besonderen Bedarfen unterstützen;
- dass darüber hinaus ein verbindlicher, dauerhafter und gleichberechtigter struktureller Austauschprozess zwischen allen an Bildungsprozessen beteiligten Akteur*innen etabliert wird und Möglichkeiten der gemeinsamen Weiterbildungen geschaffen werden. Ein gemeinsames Verständnis entsteht durch verbindliche Kooperation, Zeit für Austausch und klare Strukturen;
- dass die Arbeitsbelastung von Lehrenden auch durch die Einstellung von mehr Schulassistent*innen verringert wird, die Lehrkräfte bei der Vorbereitung und Durchführung des Unterrichts, aber auch bei Organisations- und Verwaltungsangelegenheiten unterstützen;
- dass Inklusion in allen Bildungseinrichtungen verwirklicht wird. Hierzu gehört auf Seiten der Stadt, barrierefreie inklusive und kindorientierte Räume und Ausstattung bereitzustellen;
- dass die Sprachförderung in Kitas und Schulen bedarfsgerecht ausgebaut wird, insbesondere an sozio-ökonomisch benachteiligten und durch Zuwanderung geprägten Orten;
- dass unsere Grundschulen durch gute Räumlichkeiten und Ausstattungen unterstützt werden;
- dass alle Schüler*innen ein kostenfreies, gesundes Mittagessen erhalten;

- dass kostengünstige und wenn möglich kostenfreie Betreuungsangebote in Ferienzeiten wie Kinder- und Jugendfreizeiten und Tagesbetreuung ausgebaut werden.

410
411
412



10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen

Unser Landkreis muss sich um unsere Jugend kümmern, um allen eine gute Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen. Dafür werden wir nicht nur sorgen, indem wir uns zum Beispiel für ein kostenloses Schulmittagessen einsetzen. Wir wollen auch Orte für Jugendliche schaffen und erhalten, an denen sie – ohne Verzehr- und Konsumzwang – eine gute Zeit verbringen können. Es gibt kaum öffentliche Plätze, an denen Jugendliche Zeit verbringen können, ohne etwas kaufen zu müssen. Es fehlen zudem frei zugängliche Sportanlagen.

Wir wollen Jugendzentren erhalten und stärken. Anbieter für Jugendarbeit erfahren unsere Anerkennung und Unterstützung, weil junge Menschen dort ernstgenommen werden und lernen, ihren eigenen Weg zu erkunden.

Wir setzen uns dafür ein:

- dass es keine Kürzungen kommunaler Gelder für die Jugendarbeit und stattdessen einen perspektivischen Ausbau der Mittel gibt;
- dass Jugendzentren geschaffen, erhalten und gestärkt werden;
- dass Jugendarbeit langfristige und sichere Finanzierung erfährt, die den verschiedenen Projekten bessere Planbarkeit garantiert;
- dass es mehr öffentliche Orte gibt, an denen sich Jugendliche (auch zusammen mit älteren Bürger*innen) sportlich betätigen können, egal ob z.B. etwa durch 3x3 Basketballfelder oder überdachte Basketballanlagen oder sowie mehr Parcouranlagen und bessere Skateparks;
- dass es flächendeckende Freizeitangebote, unabhängig vom Geldbeutel gibt;
- dass Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche in Krisen ausgebaut und gesichert finanziert werden;
- dass Jugendparlamente eigenes Antrags- und Stimmrecht in kommunalen Gremien bekommen.

Kommentiert [KD5]: Übernahme vom Antragsteller nach Rückmeldung von Hendrik Abel

11. Sportvereine stärken

Sport verbindet Menschen und schafft Gemeinschaft – gerade für Kinder und Jugendliche. Menschen in Sportvereinen leisten tagtäglich unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit: als Trainerin auf dem Rasenplatz, als Vereinsvorstand, als ehrenamtliche Helferin beim Spieltag. Ohne dieses Engagement wäre unser Landkreis ärmer. Damit Vereine das leisten können, brauchen sie verlässliche Bedingungen: beispielbare Plätze, offene Hallen, ausreichend Personal vor Ort. Und sie sind auf ausreichende kommunale Finanzierung angewiesen.

Die Konsequenzen mangelnder Unterstützung erleben Vereine im Alltag: Platzwarte fehlen, Trainingszeiten fallen aus, Spieltage können nicht wie geplant stattfinden. Das ist kein Versagen einzelner, sondern Folge jahrelanger Unterfinanzierung, die beendet werden muss.

Wir werden uns dafür einsetzen,

- dass Sportstätten, Bäder und Hallen finanziell so ausgestattet werden, dass sie für alle offen bleiben und nicht durch steigende Eintrittspreise zum Luxus werden.
- dass genug Platzwarte eingestellt und verlässlich eingeplant werden, sodass Vereine die Sportplätze für Training und Spieltage sicher nutzen können – ohne kurzfristige Ausfälle und ohne, dass Vereine gegeneinander ausgespielt werden.
- dass langfristig mehr Sportstätten gebaut werden, damit die Vereine nicht um die wenigen kurzfristig verfügbaren Trainingszeiten konkurrieren müssen.
- dass die Schwimmbäder erhalten und wo notwendig saniert werden, und es ausreichend Möglichkeiten für alle Kinder gibt, frühzeitig das Schwimmen zu erlernen.
- dass gemeinnützige Sportvereine bei der Vergabe von Sportstätten Vorrang vor kommerziellen Anbietern haben. Öffentliche Anlagen wurden mit öffentlichen Mitteln gebaut – sie gehören zuallererst dem Vereinssport.
- dass frei zugängliche Sportmöglichkeiten in Städten und Gemeinden ausgebaut werden – ob Basketballfelder oder Skateparks. Wer keinem Verein angehört, soll trotzdem Sport treiben können.
- dass Sport als Gesundheitsprävention stärker gefördert wird – durch Kooperationen zwischen Vereinen, Krankenkassen und sozialen Einrichtungen, damit auch Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen und Menschen mit Behinderungen aktiv am Vereinsleben teilhaben können.

12. Für eine demokratische Kulturförderung

Zu einem guten Leben gehört auch kulturelle Teilhabe – also die Möglichkeit, sich an Tanz, Musik, Theater, Film oder Kunst zu erfreuen oder sich diese Bereiche selbst mitzugestalten.

Aber Kultur ist noch viel mehr. Kulturarbeit ist ein zentraler Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft, weil sie Räume für Austausch, kritisches Denken und gesellschaftliche Debatten öffnet. Gerade in Zeiten, in denen demokratische Werte und eine offene Gesellschaft unter Druck stehen, kommt Kunst und Kultur eine besondere Bedeutung zu. Die Stärkung von Kulturarbeit gehört für uns deshalb unverbrüchlich zum Kampf für Vielfalt, gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Faschismus. Besonders wichtig sind uns deshalb Angebote für Kinder und Jugendliche und eine Kulturarbeit mit demokratischer und antifaschistischer Zielsetzung.

Wir wollen für die nötige Wertschätzung für die vielen Kulturschaffenden sorgen, die unser Leben bereichern und zugleich oft unter unsicheren Bedingungen und für wenig Geld Kultur schaffen.

Wir werden uns dafür einsetzen:

- dass eine langfristige Vision für die Kulturarbeit im Landkreis, in den Städten und Gemeinden entwickelt wird. ~~D-~~dazu gehört auch, die Budgets für Kulturförderung zu sichern und perspektivisch zu erhöhen. ~~N-~~nötig sind sowohl mehrjährige, verlässliche Förderprogramme für Kulturinitiativen Kultureinrichtungen, die steigende Kosten abdecken und gute Löhne und Gagen ermöglichen als auch Förderung für neue Projekte;
- dass die freie Kulturszene strukturell gestärkt wird, etwa indem mehr bezahlbare Ateliers, Proberäume und offene Kulturorte geschaffen ~~werden~~ und leerstehende Gebäude für kulturelle Nutzung öffnengeöffnet werden;
- dass soziokulturelle Zentren stärker gefördert werden;
- dass Kulturangebote für alle Menschen – bspw. Über-über einen kommunal finanzierten den Kulturpass für Menschen mit niedrigem Einkommen – zugänglich gemacht und kulturelle Bildung und Kulturprojekte mit antifaschistischer und demokratischer Zielsetzung – besonders für Kinder und Jugendliche – ausgebaut werden;
- dass kommunale Einrichtungen für die ganze Stadtgesellschaft geöffnet und damit nicht nur profitorientierten Veranstaltern überlassen werden;
- dass Kulturschaffende stärker an Entscheidungen beteiligt werden und künstlerische Arbeit fair-gut bezahlt werden kann.

Kommentiert [KD6]: Im Folgenden bis Ende des Kapitels Übernahmen nach Rücksprache mit Florian Kautter

13. Feministische Politik in der Fläche

Frauen* und LGBTQIAs sind in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt, viel zu häufig machen sie Gewalterfahrungen. Abwertung, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen ist alltäglich. Wir setzen uns für eine feministische Planung von Städten und Gemeinden ein, die sich an den Bedürfnissen benachteiligter Bevölkerungsgruppen orientiert. Einrichtungen wie zum Beispiel Frauenhäuser und Frauen-Notrufe, oder verschiedene Beratungsangebote für Frauen und queere Menschen möchten wir stärken.

Wir wollen uns unter anderem dafür einsetzen:

- dass die Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen und queere Menschen zuverlässig finanziert werden und Planungssicherheit bekommen;
- dass Beratung zu Unterhalt, Sorgerecht, Sozialleistungen und Wohnen gebündelt und leicht erreichbar sein muss;
- dass öffentliche Räume sicher sind: gute Beleuchtung, soziale Präsenz, barrierefreie Planung;
- dass Gehälter in städtischen Einrichtungen transparent gemacht werden; flexible Arbeitszeiten und -orte gefördert werden, damit Beruf und Fürsorge vereinbar sind;
- dass pflegende Angehörige Beratung und Entlastungsangebote wohnortnah bekommen und nicht erst, wenn es nicht mehr geht;
- dass Vergabe von städtischen Wohnungen an Alleinerziehende Priorität hat; Housing-First-Projekte insbesondere für wohnungslose FLINTA aufgelegt werden;
- dass Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung – in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, in der Gesundheitsversorgung – aktiv verfolgt und geahndet wird;
- dass öffentliche Räume, Parks, Sanitäreinrichtungen und Spielplätze für alle nutzbar sind;
- dass Sitzungen kommunaler Parlamente zu familienfreundlichen Zeiten stattfinden und Kinderbetreuung während der Sitzungen selbstverständlich ist;
- dass ehrenamtliches Engagement auch für Alleinerziehende, Menschen in Teilzeit und ältere Frauen realistisch möglich ist.

14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teilhabe fördern

Zuwanderung ist etwas Gutes. Wir wollen dafür sorgen, dass sie noch besser gelingen kann. Wichtig ist zum Beispiel eine sozial faire Verteilung von Kindern, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist. Je mehr Kinder in einer Klasse sind, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, desto schwerer machen wir es ihnen, die Sprache zu lernen. Und alle, die zugewandert sind, müssen einen Deutschkurs besuchen können. Wir brauchen genügend Sprachlernklassen und Kursangebote für Erwachsene. Damit wir Menschen, die bei uns Schutz suchen, das Ankommen erleichtern, wollen wir Einrichtungen wie das Migrationszentrum Göttingen unterstützen. Das Jobcenter muss allen hier lebenden Menschen helfen, eine Erwerbsarbeit zu finden. Arbeit ist ein wichtiger Schritt bei der Ankunft und bei uns eine neue Heimat zu finden.

Wir werden uns dafür einsetzen:

- Abschiebungen zu verhindern;
- eine Willkommens- und Unterstützungskultur in kommunalen Behörden zu etablieren. Hierzu gehören, auch durch neben Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen und verbindlichen Antidiskriminierungsrichtlinien auch Anträge in leichter Sprache;
- das Personal in der Ausländerbehörde und im Jobcenter aufzustocken, damit die Menschen nicht mehr so lange auf einen Termin warten müssen
- ~~das Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche gestärkt werden;~~
- ~~das das Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen und Angebote wie die AWO-Migrationsberatung gesichert und ausgebaut werden zu stärken und auszubauen;~~
- die psychosoziale Versorgung und Trauma-Hilfe unabhängig vom Aufenthaltsstatus auszuweiten. Das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge e.V. und der Sozialpsychiatrische Dienst müssen gestärkt werden, damit traumatisierte Menschen professionell versorgt und nicht von einer Stelle zur nächsten geschickt werden;
- das Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche gestärkt werden;
- dass ausreichend Sprachlernklassen und Sprachkurse kostenlos, flexibel und auch mit Kinderbetreuung angeboten werden – als Grundlage für Teilhabe, nicht als bürokratische Pflicht;
- dass ein schnellerer Zugang zu Arbeit, zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse, zu Bildung und zu Sprachförderung sichergestellt wird;
- Angebote zur Beratung, Begleitung bzw. Betreuung sowie Dolmetschertätigkeiten, die Menschen in ihrem Alltag und bei der Ankunft in der Stadt unterstützen, verlässlich zur Verfügung zu stellen;
- ~~antirassistische Projekte und Bildungsangebote zu unterstützendass ein schnellerer Zugang zu Arbeit, Bildung, Sprachförderung sichergestellt wird.~~

Kommentiert [KD7]: Änderungen nach Rücksprache mit Indira Khalikova und Patrick Mielke, vom Antragsteller übernommen

hat formatiert: Schriftart:

hat formatiert: Schriftart: Schriftfarbe: Automatisch

Formatiert: Standard, Rahmen: Oben: (Kein Rahmen), Unten: (Kein Rahmen), Links: (Kein Rahmen), Rechts: (Kein Rahmen), Muster: Transparent

hat formatiert: Schriftart: Schriftfarbe: Automatisch

hat formatiert: Schriftart: (Standard) Calibri, Schriftfarbe: Text 1

15. Inklusive Städte und Gemeinden

Ein Landkreis, der sich um alle sorgt und niemanden zurücklässt, muss auch aus dem Blickwinkel von Menschen mit Benachteiligungen gedacht werden. In der Planung von Städten und Gemeinden muss Barrierefreiheit genauso selbstverständlich werden, wie bei Gebäuden und im Verkehr.

Dazu gehört auch, dass Bürgersteige und Wege an vielen Stellen zu eng sind, was z.B. für Rollstuhlfahrer*innen ein Problem ist. Außerdem sind Bordsteine häufig nicht abgesenkt.

Wir möchten außerdem die Beschäftigten von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in ihrer Forderung nach mehr Mitbestimmung unterstützen.

Wir fordern ein:

- barrierefreie Zugänge zu Bildung, Kultur, Politik, Nahverkehr und öffentlichem Raum;
- mehr bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum;
- Barrierefreiheit im ÖPNV garantieren: abgesenkte Bordsteine, taktile Leitsysteme, rutschfeste Beläge und breite Gehwege;
- gute Bezahlung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und perspektivisch einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie Unterstützung beim Wechsel in reguläre Jobs bzw. Inklusionsbetriebe;
- in diesem Sinne auch das Budget für Arbeit zu stärken;
- Stärkung der Inklusionsbeiräte und der politischen Mitbestimmung.

Kommentiert [KD8]: Übernahmen nach Rücksprache mit Kristina Schulz

596 **Für die Entwicklung unseres Landkreises zusammen mit und für die Bürger*innen**

597

598 Wir wollen Initiativen und gute Ideen aus der Bevölkerung aufgreifen und unterstützen, wenn sie
599 das Gemeinwohl stärken. Ein gutes Beispiel ist die Initiative für ein Soziales Zentrum in Göttingen.
600 Das Soziale Zentrum wäre ein Ort, an dem Menschen medizinisch und therapeutisch versorgt wer-
601 den können, an dem sie Sozialberatungen erhalten, wo kostenlose Kinder- und Jugendangebote ge-
602 macht würden und Menschen sich treffen und eine gute Zeit zusammen haben könnten. Das Soziale
603 Zentrum wäre selbstorganisiert und eng mit der Nachbarschaft verbunden.

604 Wir wollen zudem die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung in kommunalen Angelegen-
605 heiten stärken. Hierzu gehört für uns die Einführung von Bürger*innenräten, die Stärkung von Ju-
606 gendparlamenten, Senior*innen- und Inklusionsbeiräten – und eben auch die Anhörung und Betei-
607 ligung kommunaler Beschäftigter.

608 Zu einem funktionierenden Alltag gehört aber auch, dass sich Menschen keine Sorgen machen müs-
609 sen. Das Leben muss bezahlbar sein. Ob Wohnung, Mobilität, Kita, Bildung, Gesundheit oder Kultur
610 – Herkunft entscheidet nach wie vor über Möglichkeiten und Zugänge, über politische und soziale
611 Teilhabe.

612 Wir wollen das ändern. An vielen Orten helfen Ehrenamtliche engagiert aus, weil der Staat sich aus
613 der Verantwortung gezogen hat. Aufgabe kommunaler Politik ist es, diese Ehrenamtlichen zu unter-
614 stützen und durch eigene Übernahme von Verantwortung dieses Engagement überflüssig zu ma-
615 chen und einen Beitrag dazu zu leisten, allen Menschen einen Zugang zu einem guten Leben zu
616 ermöglichen.

617

618 **Gerne kommen wir zu den Vorschlägen unseres Programms mit euch ins Gespräch. Wir haben**
619 **eine Welt zu gewinnen, und am 13. September unsere Städte und Gemeinden, unser Zuhause.**
620 **Dafür lohnt es sich, zu kämpfen.**

621

622